

Per Saldo ...

Im Grundgesetz steht:

Art. 20 Abs. 1:

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

Art. 20 Abs. 4::

Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutsche das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Art. 14 Abs. 2:

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

... was unter dem Strich herauskommt

Vom rechtlichen Umgang mit Geld – eine Beschwerde an die Verfassungsorgane der BRD

von Dr. Dieter Petschow

30855 Langenhagen, Am Kielenkamp 35. dr.pet.prax@t-online.de Mitglied bei Christen für gerechte Wirtschaftsordnung e. V.

« Lorsque le gouvernement viole les droits du peuple, l'insurrection est pour le peuple et pour chaque parti du peuple, le plus sacré des droits et le plus indispensable des devoirs. » Les Constitutions de la France depuis 1789

„Wenn die Regierung die Rechte des Volkes verletzt, dann ist das Recht zum Aufstand das heiligste aller Rechte und die unerlässlichste aller Pflichten des Volkes und eines jeden Teils des Volkes.“
Art. 33 – 35 der Verfassung der ersten Republik Frankreichs von 1789

Vom Sozialstaat zur Finanzdiktatur

- eine Verfassungsbeschwerde -

Unter den unzähligen Übeln, welche den Zerfall ganzer Staaten herbeiführen, sind wohl vier als die vornehmlichsten anzusehen: innere Zwietracht, große Sterblichkeit, Unfruchtbarkeit des Bodens und die Verschlechterung der Münze. Die ersten drei liegen so klar zutage, dass sie schwerlich irgendjemand in Abrede stellen wird. Das vierte Übel jedoch, welches von der Münze ausgeht, wird nur von wenigen beachtet, und nur von solchen, welche ernster nachdenken, weil die Staaten allerdings nicht beim ersten Anlauf, sondern ganz allmählich und gleichsam auf unsichtbare Weise dem Untergang anheimfallen.

Nikolaus Kopernikus, Memorandum über das Geld.

Einleitung

Lieber Leser, liebe Leserin! Irgendwann - ich kann das Datum nicht mehr genau benennen - hatte ich Politik-Talkshows und auch Politiker-Meinungen aus den Medien satt. Sie stimmten mit meiner Realität nicht überein. Am Morgen jeden Alltags ging ich zur Arbeit, meine Mitarbeiter waren auch da. Wir waren fleißig, wie viele meiner Mitmenschen. Ich aber stellte fest: Für unsere gemeinsame Arbeit bekamen wir weniger und weniger an Ertrag. Nach zwei Jahrzehnten mittlerweile erheblich weniger! Lag das an mir, oder an den Angestellten? War ich ein zu wenig geschäftstüchtiger Freiberufler? Die Realität meiner Firma waren niedrigere Löhne, niedrigere Einnahmen. Daneben gab und gibt es nach wie vor den gleichen Anspruch unserer Kunden, bedient zu werden. Bedarf war genug vorhanden, Angebot auch, also stimmte irgendetwas mit der Nachfrage nicht, mit dem Geld.

Ich wollte mir ein eigenes Bild machen, mit den Mitteln, die mir allein zur Verfügung standen. Dabei benutzte ich eine kaufmännische Betrachtungsweise, wie sie meinem Betrieb angemessen ist. Jahr um Jahr erstellen wir eine **Einnahmeüberschussrechnung**, d.h. mein Steuerberater zählt die Differenz zwischen Einnahmen und geschäftlichen Ausgaben. Was danach übrig bleibt, ist der **Gewinn unserer Arbeit**, abzüglich Brutto-Lohnsumme für die Mitarbeiter ergibt sich mein Anteil. Diesen muss ich versteuern. Danach bleibt jener Betrag, für den meine Frau und ich unsere Familie - in unsrer sog. sozialen Marktwirtschaft - ernähren und versorgen können. In betriebswirtschaftlicher Fachsprache heißt dieser Vorgang die Bildung eines **Saldo**, also der **Differenz von Soll und Haben**.

1.0 Material und Methode

Nach dem Modell einer **Gewinnermittlung** durch Darstellung eines Einnahmeüberschusses werden vom Brutto-Inland-Produkt (BIP) als der Summe aller Erträge aus Arbeit und Vermögen abgezogen:

1. die Steuern für den Staat,
2. die Sozialabgaben für Bedürftige und Berechtigte,
3. der Kapitalertrag für die Eigentümer.

Unter dem Strich, also „per Saldo“, ermittelt sich so ein Anteil, der als Netto-Einkommen der Arbeit zuzuordnen ist. Für jeden unter diesen Bedingungen in Deutschland arbeitenden Menschen, egal, ob in leitender Position, beamtet, angestellt, freiberuflich, als Arbeiter oder sonst wie tätig, ergibt sich diese Dreigliederung der Abgaben vor Erhalt seines ihm zur Verfügung stehenden Lohnes. So kommt es zu der allen Bürgern bekannten **Kaufkraft** als **Gegenwert für geleistete Arbeit**. Diese persönliche und auch volkswirtschaftliche Größe ist nicht unmittelbar vergleichbar mit der offiziellen Netto-Lohn-Summe, beinhaltet diese doch die Zinsen privater Schuldverhältnisse (auch den kalkulierten Zinsanteil in privaten Mieten) sowie indirekte Steuern, andererseits sind alle arbeitenden Menschen mit ihrer gesamten verbleibenden Kaufkraft gemeint, sie wird von mir als **„effektiver Lohn“** der Arbeit errechnet.

In unseren Statistiken für Arbeit wird das BIP zu 150 % verteilt, addiert man schlicht die Steuerquote (22%), das Sozialbudget (34%), den Kapitalertrag (34%) sowie den Anteil für getane Arbeit (53%), zusammen mehr als „der zu verteilende Kuchen“.

Um in dem o. g. Modell „Doppelbuchungen“ zu vermeiden, müssen die in den Wirtschaftsstatistiken angegebenen Brutto-Quoten der Steuer, der Sozialabgaben und des Kapitalertrages gegeneinander saldiert werden, um sie frei von Schnittmengen zu machen, denn die Brutto-Quoten haben untereinander Zahlungsverpflichtungen als Abgaben. So errechnen sich **Netto-Quoten**. Diese stellen die Kaufkraft der Segmente Staat, Soziales und Kapital dar, **per Saldo** auch des Segmentes Arbeit. (Berechnungsschema siehe Abb. 1) Diese vier Segmente werden Netto-Allokations-Quoten genannt. Die Hauptaufgabe des Geldwesens eines Staates ist die Verteilung von Arbeit und Ware auf einem freien Markt, geregelt durch die Rechtsordnung für den Erhalt von Geld über geleistete Arbeit – und auch ohne Arbeit als **Anrecht auf eine Abgabe**. Aus meiner Betriebsbuchführung mit seinem einfachen Programm weiß ich, dass Geld nie verschwindet, sondern: Wenn ich Geld ab- oder ausbebe, nimmt es ein anderer Mensch ein. In der Betriebsbuchführung heißt dies schlicht: Konto versus Gegenkonto. Die Summe aller Ausgaben ist die Summe aller Einnahmen. Geld ist nie weg, sondern

immer nur woanders. Wer Zinsen zahlt, hat einen Gläubiger. Wer Mieten zahlt, hat einen Vermieter. Wer Steuern zahlt, gibt Geld an Menschen, die für den Staat arbeiten. Wer Sozialabgaben zahlt, hat Berechtigte und Bedürftige als sein Gegenüber. So bilden alle Zahlungen irgendwo bei andern Menschen Einnahmen, und zwar nur bei lebenden Menschen, niemals bei juristischen Personen – diese sind nur Verteiler! Allein mit Netto-Einnahmen können wir einkaufen gehen, Abgaben jeder Art sind Brutto-Einnahmen an einem anderen Ort, in diesem **Haushaltsmodell** für Deutschland bei jeweils anderen Brutto-Quoten.

2.0 Netto-Allokations-Quoten:

2.1 Netto-Steuer-Quote (Tab. 1):

Die Statistiken weisen eine jährliche **Steuerquote** aus. Diese besagt, wie viele Prozente vom vollen Arbeitsertrag BIP eines jeden Jahrganges der Bund, die Länder und die Gemeinden an Steuern einnehmen, direkt als Lohn- und Einkommens-Steuer oder indirekt über Verbrauchssteuern in den Preisen. Die Summe ist die Brutto-Einnahme staatlicher Stellen. Tab. 1 zeigt in % BIP die Einnahme-Arten, daneben die Abgaben des Staates als Kapitaldienst und Sozialpflicht. Es bleibt die **Netto-Steuer-Quote** als Kaufkraft, die wir alle dem Staat über Abgaben zur Verfügung stellen. Im Jahre 1960 gab Deutschland 11,0% BIP Kaufkraft für den Staat, 2004 sind es nur noch 2,2% BIP.

Die BRD zahlte 2004 nicht mehr als 2-3% BIP Steuern für den Staat.

(Der Kapitaldienst des Staates wird dem Kenner offizieller Statistiken als zu hoch erscheinen, liegt doch die ausgewiesene Zins-Steuer-Quote darunter. Hier wurde hinzuaddiert der Kapitalertragsanteil in den vom Staat am Arbeitsmarkt gezahlten Löhnen und Preisen. Der in den Löhnen und Preisen des Staates enthaltene Steueranteil fällt an das Finanzamt zurück.)

2.2 Das Netto-Sozialbudget (Tab. 2):

Die Sozialquote zeigt, wie viele Prozente des gesamten Arbeitsertrages BIP herangezogen werden zur Finanzierung unseres Sozialstaates. Diese Brutto-Sozialquote wird eingenommen aus Zahlungen der Arbeitgeber und –nehmer sowie aus Abgaben des Staates über Steuermittel. Daraus bekommen die Bezieher (Rentner, Pensionäre, Kranke, Alte, Arbeitslose, Kinder, Pflegebedürftige etc) ihren **Lebensunterhalt** – sie ersetzen ihnen **Endverbraucherpreise**. Diese beinhalten Abgaben an Staat und Kapital. Verbrauchssteuern und Renditen kumulieren über die Wertschöpfungsketten in den End-Verbraucher-Preisen. Nach Abzug dieser beiden Abgabearten verbleibt als Kaufkraft das

Netto-Sozialbudget: 1960 17%, 1980 19.1%, in 2004 15,2% vom BIP

2.3 Netto-Kapitalertrag, auch Netto-„Zins“-Quote (Tab. 3):

Deutlich schwerer zu ermitteln war die **Zinsquote** (www.geldreform.net), synonym auch für Kapitalertragsanteil am BIP. Es wird von mir darin aufsummiert der Anteil des Arbeitsertrages, den wir für Verschuldung als Zinsanteile in Miete, Pacht, Endverbraucherpreisen etc. vom gemeinsam Erarbeiteten abzugeben haben an **Eigentümer von realem Besitz oder von Geldvermögen**. 1970 lagen allein die Bankzinserträge bei 8 % BIP, stiegen dann bis zum Jahre 2004 auf 22,5 % BIP (!) an (Deutsche Bundesbank, Zeitreihen). Neben diesen Erträgen aus Geldgeschäften gibt es noch Fremdnutzungsverträge mit Schuldschein-Charakter, die ebenfalls **Kapitalertrag** einbringen. Mieten, Pacht, Dividenden aus schuldenfreiem Realkapital sind solche Erträge, sie werden vorsichtig als noch einmal so hoch geschätzt, da eine Kapitalverwertung gerade aus Realbesitz deutlich höher liegt. Auch verschieben spekulative Geschäfte Ertrag aus Arbeit in Richtung Geldertrag ohne Arbeit. Die Wirtschafts-Statistiken unterscheiden bei der Verwendung des BIP zwischen Konsum und Investition, BIP und Volkseinkommen müssen differenziert werden. Dieser Sachverhalt wurde hier berücksichtigt. Aus den unterschiedlichen Angaben habe ich zur Darstellung der grundsätzlichen Problematik für die Jahrgänge eine „Eigentums-Prämie“ von **anfänglich 16 % (1970) bis heute 42 % (2004)** aller Konsumausgaben ermittelt, umgerechnet auf das BIP ergibt sich diese Kapitalertragsquote von 11,5 bzw. 34,7%. Die Brutto-Kapitalerträge lagen in dieser Größenordnung, es gibt aber auch Schätzungen darunter und darüber. Zur Darstellung der Problematik und ihrer verheerenden Wirkung reichen diese Mittelwerte aus, ebenso sind die betrachteten Teil-Kollektive unserer Bevölkerung ausreichend groß genug, sodass hier diese kalkulatorischen Größen anwendbar bleiben.

Tab. 3 zeigt die Einnahme-Überschuss-Rechnung des Kapitalertrages nach dem Schema aus Abb. 1. Vom Staat, vom Sozialbudget und aus der Arbeitswelt stammen Brutto-Einnahmen, in 2004 34,7% BIP oder 765 Mrd. €. An den Staat zurück gingen Steuern im gleichen Jahr von 5,3 % BIP oder 117 Mrd. €. Über die Jahrgänge errechnet sich der

Netto-Kapitalertrag 1960 1,8%, in 1980 12,0, in 2004 29,5 % vom BIP.

Tab 3 zeigt ferner, dass über **Sozialbudget und Staat** zusammen in 2004 20,6 % BIP entspr. 460 Mrd. € eingenommen werden, dies sind 60% aller Brutto-Kapitalerträge. Der Sozialstaat erscheint hier als Haupt-Einnahme-Quelle des Kapitalertrages.

Jahr	Steuer-Quote	Sozial-Budget	„Sozial-staats-quote“	Kapital-ertrags-quote	Arbeitsquote	Arbeit + Staat	Soz.-B. + Kap.-E.	BIP 100% Mrd. Euro
1960	11,0	17,0	28,0	1,8	70,2	81,2	18,8	151
1970	10,3	17,6	27,9	5,1	67,0	77,3	22,7	352
1980	8,7	19,1	28,7	12,0	60,2	68,9	31,1	766
1990	7,2	16,6	23,8	15,4	60,8	68,0	32,0	1.275
2000	6,1	16,0	22,1	19,8	58,1	64,2	35,8	2.030
2004	2,2	15,2	17,4	29,5	53,1	55,3	44,7	2.207

Tab. 4: Saldierte Netto-Allokations-Quoten aus Tab. 1– 3 in % BIP, aufgeteilt auf Steuern, Sozialbudget, Kapitalertrag und Arbeitslohn. Die Netto-Staats-Quote (Steuer + Sozialbudget) sinkt, Arbeit bekommt anteilig immer weniger, Kapitalertrag explodiert, das leistungslose Einkommen (Soz.-B. + Kap.-E.) steigt kontinuierlich, obwohl das Netto-Sozial-Budget sinkt.

3.0 von der Investition zur Lohngestaltung.

Je höher das Investitions-Volumen einer Volkswirtschaft, desto höher ist auch das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung. BIP geteilt durch Personenanzahl ergibt steigende Werte, solange die Wirtschaft wächst. Reichtum für alle wird vermutet. Über die interne Verteilung sagt dieser Durchschnitt gar nichts. Dazu ein Beispiel, das **Brutto-Zwillings-Produkt**, genannt BZP:

*Zwei Brüder arbeiten, jeder für 5.000 €, folglich ist das BZP 10.000 €. Das Werkzeug beider gehört einem allein, der andere zahlt Rendite, z.B. 2.000 €. Der Netto-Ertrag des einen ist 7.000 €, der des anderen 3.000 €, beide arbeiten gleichviel, ihr BZP ist 10.000 €. Das Eigentum des einen an den Produktionsmitteln des anderen führt bei gleicher Arbeit zu Umverteilung der Kaufkraft für beide. Dem BZP sieht man diese interne Verrechnung nicht an, sie ist eine Frage **sozialer Rechtsbeziehung** zwischen beiden. Sollte sich dieses (Vor)Recht des einen erhöhen, haben beide immer noch Arbeit, der eine mit zunehmender Kaufkraft, der andere schließlich ohne Erwerb von Tauschmitteln trotz Arbeit.*

Lebensunterhalt. So enthalten Netto-Löhne und Sozialzahlungen neben indirekten Steuern für den Staat auch alle anteiligen **Kapitalerträge der Eigentümer**. Alle 80 Mio. Deutschen sind z.Zt. mit 7.500 Mrd. € verschuldet, das sind 340% BIP. Bei einer Real-Rendite auf Weltmarkt-Niveau von heute ca. 10% sind dies 34% BIP = 750 Mrd. € Brutto Kapitalertrag in 2004, aufzubringen von allen Menschen, die es nicht lassen können einzukaufen, z. Zt. jährlich pro Kopf 9.350 € in den Endverbraucherpreisen. Ein neugeborenes Kind bekommt auf diese Weise einen **unsichtbaren Schuldschein** von 95.000 € in seine Wiege gelegt – eine vierköpfige Familie bedient einen Kapitalertragsanspruch aus 380.000 € Investition. Wer soll darunter noch eine Familie ernähren?

4.0 soziale Bedürftigkeit – ein Bombengeschäft (Tab. 5):

Rentner, Kranke, Arbeitslose, Pflegebedürftige, Kinder – alle sind Kunden, sie gehen einkaufen. Ihre Einkünfte sind Brutto-Einnahmen, ihre Kaufkraft errechnet sich erst nach Abzug von Steueranteilen und Kapitaldienst – folglich haben heute alle sozial Bedürftigen Abzüge deutlich um 54%! Der Kapitalertrag als Abgabe aus dem Sozialbudget kalkuliert sich für 2004 auf 315 Mrd. €. Hohe Sozialabgaben seien das Problem der Arbeitswelt, heißt es, von Kapitaldienst aus Sozialbezügen ist in der Republik nur auf Investoren-Tagungen zu hören. Jetzt verstehe ich die Kernaussage eines bekannten Bankers bei der Veranstaltung **Health 2002** in Berlin, dass soziale Bedürftigkeit ein nicht vom Markt zu nehmender Nachfrage-Gigant sei, was jeden Investor hellhörig machen solle. Zu deutsch: Leute kauft Krankenhäuser, baut Altenheime, privatisiert die öffentliche Daseinsfürsorge, denn die **Rendite** wird euch im Zweifelsfall **von der Sozialkasse** überwiesen, und sei es auch in Form eines **Zuschusses aus Steuermitteln**.

5.0 der (Sozial)-Staat, Garant für Kapitalertrag (Tab. 5):

Staatliche Stellen als juristische Personen sind selbst hochverschuldet, die Staatsverschuldung ist im Bewusstsein vieler Bürger. Der (Sozial)-Staat garantierte scheinbar über seine Zuschüsse aus Steuermitteln den Lebensunterhalt sozial Berechtigter, tatsächlich enthält dieser Zuschuss jenen Anteil, den diese Personengruppe als Schuldner an Investoren abzugeben hat. Darüber hinaus verlangt der Staat Zahlung von Verbrauchssteuern. Einen staatlichen Zuschuss aus Steuermitteln gab es per Saldo schon seit 1980 nicht mehr, dieser wird heute komplett an Investoren weitergereicht. Ohne die 100 Mrd. € Steuern aus dem Brutto-Sozialbudget sähe die Rechnung der Finanzminister und Kämmerer noch düsterer aus. Derartige Kurzschlüsse werden durch die Bilanzierung, wie sie hiermit vorgelegt wird, offensichtlich.

6.0 industria – oder was bleibt den Fleißigen? (Abb. 3 – 7):

Nur Menschen können arbeiten, Realwirtschaft ist das Ergebnis. Geld kann nur messen, nicht arbeiten. Geld kann Recht setzen, weil es Macht hat, und damit die Allokation einer Wirtschaft steuern. Die Marktordnung ist die Grundlage der Verteilung in einer Marktwirtschaft. Keine Ordnung ist auch eine, sie stellt sich nach Machtlage ein, nicht nach Marktlage. Hat der Staat keine Macht, hat er auch keine ordnende Funktion – diese übernimmt „der freie Markt“. Wie sich unter diesen Bedingungen die Allokationsfunktion des Geldwesens entwickelte, zeigen die Abb. 3 bis 6.

7.0 ein halbes Jahrhundert Buchführung

7.1 Brutto und Netto unterscheiden sich erheblich, bei Steuer-, Zins- und Sozialquote analog. Diese kaufmännische Binsenweisheit gilt für einen einzelnen Menschen, eine Familie, jedes Kollektiv, ja auch für die „Firma“ Bundesrepublik Deutschland, selbst für die ganze Erde. Mikroökonomisch (betriebswirtschaftlich) führt eine solche Entwicklung in **Insolvenzen**, makroökonomisch (volkswirtschaftlich) in die **Zerstörung jeder Sozialordnung**. Abb. 2 zeigt den Vergleich der Abgabe-Quoten Brutto gegen Netto für die Jahrgänge 1970 und 2004. Der Kapitalertrag bekommt aus Staat und Sozialordnung z. Zt. 60% seiner Brutto-Einnahmen.

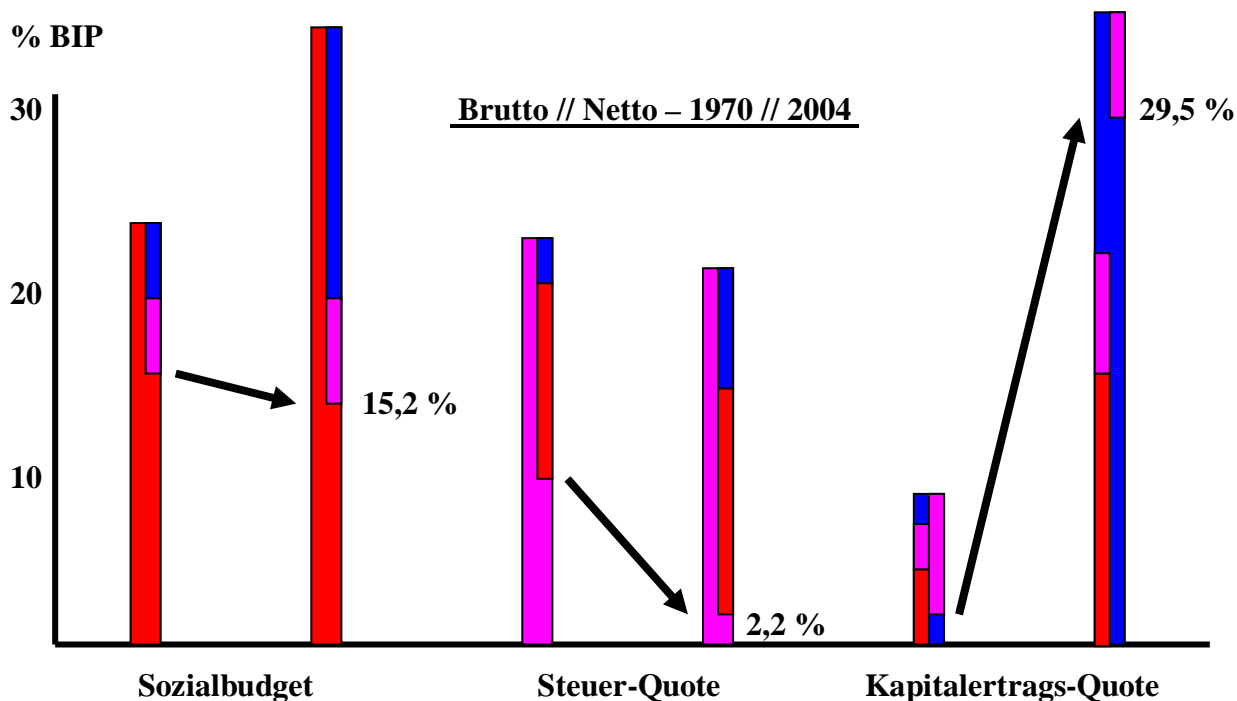


Abb. 2:

**Das Sozialbudget, bereinigt von Kapitaldienst und Steuerpflicht, sinkt über 35 Jahre anteilig ab
Die Steuerquote, bereinigt von Kapitaldienst und Sozialpflicht, strebt gegen Null!**

Kapitalertrag bekommt in 2004 aus Sozialbudget und Steuern 60 % seiner Brutto-Einnahmen.

Quelle: BMfA, Bundesbank, eigene Berechnungen

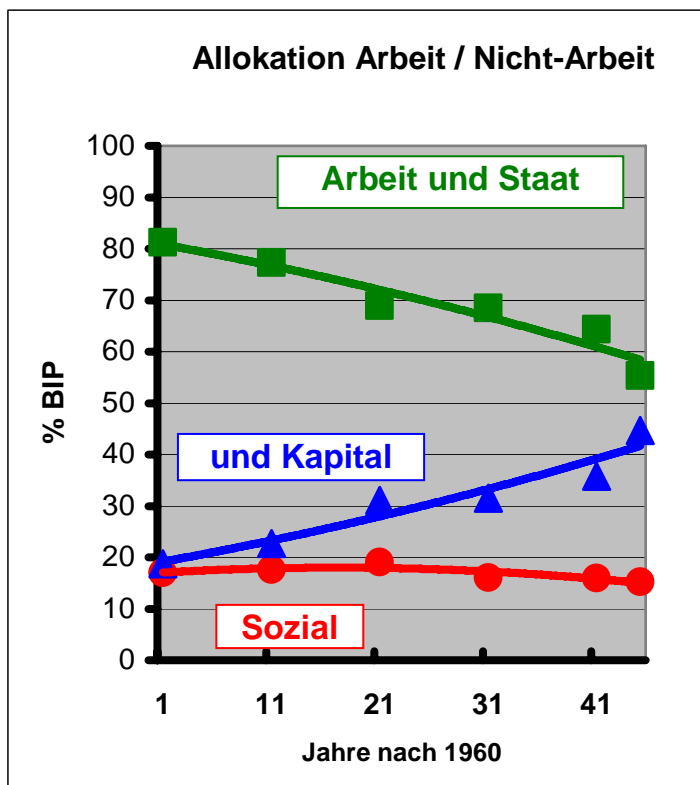
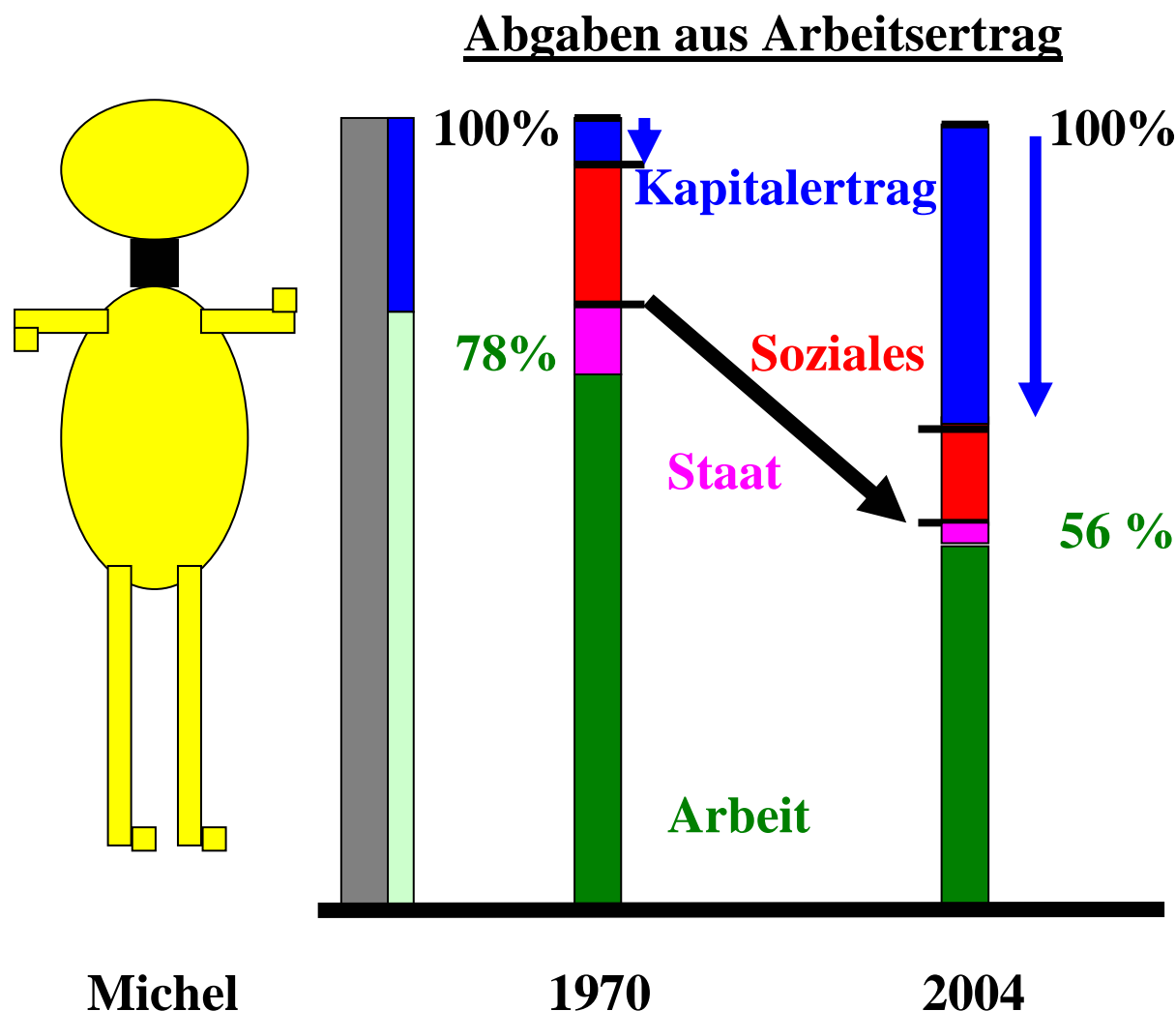


Abb. 4: Aufteilung der Netto-Allokation von Arbeit und Staat sowie „Soziales“ und Kapital. Arbeits-Einkommen sinkt von 80% BIP auf 55% BIP, leistungsloses Einkommen steigt von 20% BIP auf 45% an. Sozialbudget und Kapitalertrag teilen sich im Jahr 2004 das leistungslose Einkommen im Verhältnis 1 : 2, 1960 1: 0,1

Abb. 5 zeigt Abb. 3 in logarithmischer Darstellung. Die Entwicklung des Anteils aus Kapitalertrag liegt fast auf einer kontinuierlich ansteigenden Geraden, was bedeutet, dass er **exponentiell** wächst. Es liegt ein Zinses-Zins-Effekt vor, dessen fehlende Steuerung Staat, Arbeits- und Sozialordnung zerstört. Extrapoliert man diese Gerade in das Jahr 2020, dann haben Staat und Sozialordnung keine Netto-Einnahmen mehr, es gibt nur noch Arbeitslohn und Kapitalertrag je zur Hälfte. Auf dem Wege dorthin lässt sich staatliche und soziale Ordnung nicht mehr finanzieren. Die Kaufkraft dieser beiden Quoten läuft gegen Null. Staat ohne Marktmacht in einer sog. Marktwirtschaft? Damit werden alle **Grundrechte der Bürger** auf staatliche Ordnung zunichte.

Abb. 6: der „deutsche Michel“ auf Arbeitsplatz-Suche:



Dr. Dieter Petschow, 30855 Langenhagen, Am Kielenkamp 35
 Mitglied bei www.cgw.de, www.inwo.de, www.kairoseuropa.de, www.attac.org.

Kapitalertrag war mit 29,5 % BIP die höchste Belastung der Wirtschaft noch vor dem Sozialbudget mit 15,2 % BIP und den Steuern für den Staat von 2,2 % BIP.

7.2 Was bleibt vom Sozialstaat?

Abb. 7 zeigt das Sozialbudget 1970 und 2004, aufgeteilt in seine Untergruppen. Die Relationen des Aufwandes zur Altenversorgung, der Gesundheitskosten, des Arbeitslosen-Geldes und der Familienfürsorge sind in % BIP aufgetragen. Arbeitgeber und -nehmer sowie Steuerbudget finanzieren den Aufwand, Kapitalertrag und Verbrauchs-Steuer mindern den Netto-Ertrag, also die Kaufkraft. Die Proportionen des Abzuges für die ihrerseits am Gesamt-Rendite-Anspruch über die Endverbraucher-Preise ihren Anteil haben.

Das Märchen von der Kostenexplosion – es ist schon etwas dran. Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) bekommt seit 1975 konstant 6% BIP als Brutto-Einnahme. Bei der Ausgabe ersetzt sie **Endverbraucherpreise**. Als Arbeitslohn für 2004 verbleibt nach Abzug des Kapitaldienstes (59 Mrd. €) und der Steuern (18 Mrd. €) zur Bezahlung der Versorgung ein stetig sinkender Anteil von zuletzt 2,7 % BIP gegenüber 4,4 % BIP in 1975. Seit dieser Zeit hat sich aber die Zahl der Beschäftigten des Gesundheitssystems von 2,0 auf 4,2 Mio. Arbeitnehmer erhöht. Die „Kostenexplosion“ führte zur Einnahmeschwemme allein beim Kapitalertrag. Krankenkassen-Gelder für Ertrag ohne Arbeit, fehlende Entlohnung der im Gesundheits-System arbeitenden Menschen mit gleichzeitigem Personalmangel – welch ein Zynismus!. Auch der Import von Billig-Lohn-Mitarbeitern neben Waren aus Billig-Lohn-Ländern hat diesen Sachverhalt nicht korrigiert. Die Industrialisierung des Gesundheits-Systems mit Erhöhung der Lohnstückzahl stößt in diesen Tagen an ihre natürliche Grenze. **„Operiert Euch doch selber!“** – so protestieren heute Ärzte und Pflegepersonal, ohne zu ahnen, warum Arbeit so gering bezahlt wird, obwohl alles so teuer ist.

Eine analoge Betrachtung ist für die Rentenversicherung möglich. Auch hier werden Endverbraucherpreise ersetzt. Neben einem sog. „demographischen Faktor“ haben wir ein **rendito-graphisches Problem** aller Solidarkassen. Rendite wächst schnell, und mit ihr soziale Not!

8.0 Die Wirtschaft muss wachsen! Wirklich?

Gemessen in Kaufkraft ist unsere Wirtschaft in den letzten 40 Jahren real um den Faktor 3 gewachsen. Abb. 8 zeigt die Allokations-Quoten der Jahrgänge in realen % des Jahres 1970 = 100%. Das reale Wachstum ist linear von 66% für 1960 bis 206% in 2002 angestiegen.

Die Kaufkraft des Staates ist trotz Wirtschaftswachstums auf dem Niveau von 1970 stehen geblieben. Dazu geliehene Kaufkraft (Kredit) erhöhte den Kapitaldienst über stete **Neuverschuldung**. Das Sozibudget hat sich real verdreifacht, wuchs also mit, obwohl der Bevölkerungsanteil der Berechtigten dramatisch zugenommen hat. Der effektive Lohn stieg um den Faktor 2,5, blieb also unterproportional.

Netto-Kapital-Erträge haben sich um den Faktor 15 (!) erhöht.

Zweifelsohne müssen Staat und Arbeitswelt gegenüber privaten Privilegien dieser Art kapitulieren. „Die Privatwirtschaft kann alles besser“ – unter diesen geldrechtlichen Bedingungen eine zweifelsfrei

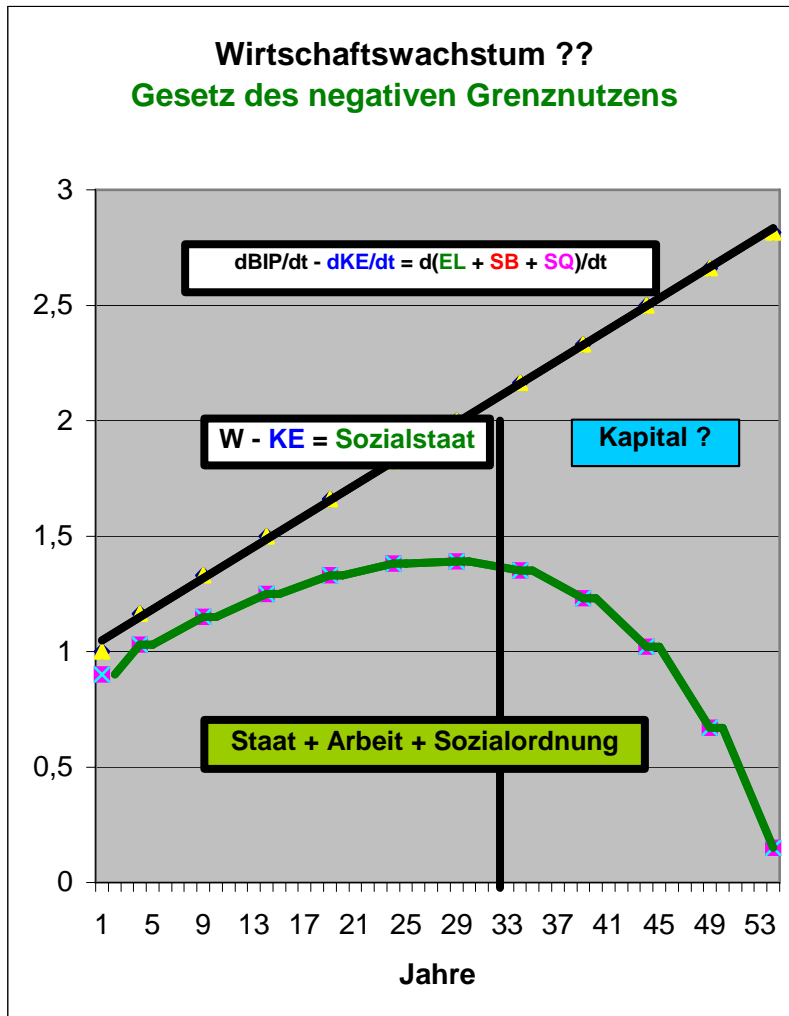


Abb. 9: Übersteigt der Kapitalertrags-Zuwachs (dKE/dt) das Wirtschaftswachstum ($dBIP/dt$), so fällt die Kaufkraft-Summe von Staat, Arbeit und Sozialordnung $d(EL+SB+SQ)/dt$ ab, d. h. die Veränderung wird negativ. Das zu Tauschzwecken in einer arbeitsteiligen Gesellschaft genutzte Geldwesen zerfällt, die politische Ordnung zerbricht.

Zieht man von dieser linear wachsenden Gesamtkaufkraft den exponentiell ansteigenden Netto-Kapitaldienst ab, so bekommt man mit mathematischer Genauigkeit die Ballistik-Kurve eines Geschosses. Dieses steigt anfänglich hoch (zeigt Wachstum), erreicht seinen Zenit und stürzt dann „dem großen Attraktor folgend“ auf den Boden der Tatsachen. Jedes System auf hohem Niveau, dem man zunehmend Energie (Kaufkraft) entzieht, stürzt ab – auch die reale Wirtschaft. (siehe dazu Abb. 9 und Anhang Wirtschaftsmathematik)

gesetzliches Zahlungsmittel eine **staatliche** Einrichtung ist! So bringt Verleihen von Guthaben und Sacheigentum Geld ein und aus vermehrtem Guthaben/Eigentum wird stetig *n o c h* mehr Guthaben/Eigentum. Allem Guthaben/Eigentum stehen spiegelbildlich genauso viel Schulden bzw. Fremdnutzungsverträge mit Schuldscheincharakter gegenüber! Rolf Breuer (Deutsche Bank) sprach von der **Selbst-Alimentation** des Geldwesens. Da Eigentum real begrenzt ist, wird über diesen Prozess eine **Lawine von Enteignungen** ausgelöst. Diese Automatik beschleunigt sich unkontrolliert zunehmend. Je weiter sie fortschreitet, desto rascher wird sie. Jedem mathematisch geschulten Menschen wird in der Darstellung einer immer steiler werdenden Kurve klar, dass diese **Exponentialfunktion** zum Zusammenbruch des Systems führen muss (siehe Anhang Wirtschaftsmathematik). Schlussendlich gehören der Staat, die Mittel zur Daseinsvorsorge und zur Produktion privat einigen wenigen Reichen – die Bevölkerung wohnt zur Miete mit Steigerungsklausel, zahlt Maximal-Rendite zur Nutzung von Wasser, Energie, Nahrung. Das Volk als Souverän ist zwar Besitzer des Geltungsbereichs des Grundgesetzes – aber nicht mehr Eigentümer. Diese regieren das Gemeinwesen über Kapitalmärkte von außen.

Vor diesem (internationalen) Zusammenbruch stehen wir heute!

Tab 4 zeigt, dass 1960 noch 81% des Arbeitsertrages für die Arbeitswelt zur Verfügung standen, nimmt man 70% effektiven Lohn und 11% Netto-Steuern zusammen; 19% BIP waren leistungsloses Einkommen, aufgeteilt in 17% für das Sozialbudget und 2% für Kapitaleigner.

Im Jahre 2004 teilen sich Staat und Arbeitswelt nur noch 55% der Erträge; **45 % BIP sind leistungsloses Einkommen**, wovon zwei Drittel an wenige Eigentümer, ein Drittel an alle sozial Berechtigte gehen. Die Anzahl der Eigentümer hat abgenommen, die der sozial Berechtigten massiv zugenommen. Nicht damals lebten wir über unsere Verhältnisse, sondern heute! Über diesen Allokationseffekt des Geldes vollzieht sich die **Enteignung von Staat und Arbeit**. Riesengewinne für die Eigentümer (ohne eigene realwirtschaftliche Leistung), Zusammenbruch der Sozialsysteme, Arbeit mit stetig schlechterer Entlohnung, Verdämmern des Staates.

Dem Staat fehlt jede politische Manövriermasse, und im sinkenden Anteil des **Netto-Sozialbudgets** tummeln sich immer mehr Berechtigte. Diese Entwicklung wird uns als „Gang in die Dienstleistungsgesellschaft“ verkauft. Mir drängt sich eher der Eindruck auf, es handele sich um einen Gang in die Versklavung. **Grundrechte werden massiv verletzt**. Mussten wir Arbeitenden „anno König“ den Zehnten abgeben, so sind es bald drei Zehnte. Das aber ist mehr als **Feudalismus**.

Wir leben in einem Land, in dem Brutto- wie Netto-Kapitalerträge seit rund drei Jahrzehnten weitaus schneller wachsen als die Wirtschaft. Dies ist Un-Recht, Arbeit(nehmer) stehen unter dem (Grund)Gesetz, Kapital (eigner) nicht. Dies ist Zerrüttung unserer Sozialordnung, ohnmächtig betrachtet von einer Regierung, die sicherlich keine Zeit hatte, sich in diese **Gelddynamik** einzuarbeiten, oder die gerade diese Rechts-Eigenschaft des Geldes gut kennt und so eben (ihre) Geschäfte mit dem Volk macht.

Die Antwort auf meine **Petition beim Deutschen Bundestag** - Aktenzeichen: Pet 2 / 14 / 15 / 8272/ 046748 - gab dieser Sichtweise unter dem Blickwinkel der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zwar recht, verwies aber diese Eingabe zur weiteren Beratung an das Wirtschaftsministerium. Dort versandete der Vorgang in der Bürokratie. Zurück blieb ein Bürger mit massiven Zweifeln am heutigen Funktionieren dieser finanzpolitischen Form von „Demokratie“.

9.2 Politische Forderungen:

Kapitalerträge, Mieten, Verzinsungen, Dividenden sind leistungslose Einnahmen aus Arbeit, die auf der anderen Seite den Lohn für Arbeit mindern. Allein die anteilig sinkende Lohnsumme wird zur Finanzierung des gesamten Sozialstaates herangezogen. Mehr als 65% aller Renditen werden über die Sozialordnung „erwirtschaftet“ (20% BIP=460 Mrd. €).

90% aller Steuereinnahmen sind per Saldo Kapitalertrag!

Daneben erfreuen sich Renditebezieher ihrer fehlenden Beteiligungs-pflicht an der Finanzierung sowohl unseres Staates als auch dessen Sozialsysteme. Hier sind **Bankstrukturmaßnahmen** notwendig, wenn sich Deutschland nicht erneut in ein **Armenhaus** verwandeln soll. Ferne Länder machen uns vor, wie mit solchen Problemen umzugehen ist, sie steigen teilweise aus dieser Geldwirtschaft aus und regeln ihre Probleme nach den Prinzipien von Genossenschaften, bis in das Geldwesen hinein durch Schaffung von Regional- oder Sektoralwährungen. Alternativ wären Sozialabgaben zu zahlen dort, wo Kapital-„Kosten“ gewinn-, lohn- und steuermindernd gelten gemacht werden, beim Finanzamt.

Wenn die Behauptung gilt, dass Kapital Arbeitsplätze schaffe, warum ist dann dieser Arbeit(splatz)geber von den in Deutschland geltenden Sozialversicherungspflichten befreit? Die Fremdfinanzierungs-Quote der deutschen Wirtschaft liegt bei 85-90% (in den neuen Bundesländern bei 93%!), d.h., den deutschen Unternehmern gehört nur noch 10-15% des Produktiv-Kapitals, Eigentümer und damit Arbeitgeber ist im Wesentlichen nur noch Kapitaleigner, nachdem bereits frühere Arbeitsformen

Im **Artikel 20 Absatz 1** heißt es: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein sozialer Bundesstaat“ und weiter in Absatz 4: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutsche das Recht zum Widerstand, **wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.**“ Auf dem Weg in diese Finanzdiktatur ist Widerstand oberste Bürgerpflicht. So steht es auch in der Verfassung der ersten Republik Frankreichs nach der französischen Revolution (siehe Deckblatt).

Dieser Widerstand gilt einem **Tabu** und einem **Unwissen** über unser Geldsystem, das letztendlich auch dem Gutwilligsten die Möglichkeit nimmt, sich nach seinen Fähigkeiten sozial in unserem Gemeinwesen einzubringen durch Arbeit, Solidarität und Mitmenschlichkeit. Um diese Qualitäten staatlicher Ordnung ging es auch bei den Demonstrationen gegen „Hartz IV“. Die Demonstranten wollen nicht Demokratie auf dem Papier, sondern als reale Staatsform.

Deutschland ist „überfischt“, die „Fangflotte“ ist zu groß, aber niemand ordnet die „Fangquote“. So wie wir die Erde ausbeuten, so quälen wir auch unsere soziale Mitwelt – es lässt sich nachrechnen, und ist **grundrechtswidrig**. In Kurzform habe ich schon 2002 diese Problematik auf einen Flyer geschrieben und in mein Wartezimmer gelegt (siehe S. 36). Viele Mitmenschen fangen an zu fragen und merken, dass sie um den Ertrag ihrer Arbeit betrogen werden, vor allem diejenigen, die heute noch in unser Sozialsystem einzahlen und jene, die von dem Geld des Sozialsystems für ihre Arbeit bezahlt werden.

Eins geht eben nur, entweder wir wollen **Demokratie und Solidarität**, oder wir gestatten Profit dieser Größenordnung und nennen den daraus resultierenden Kampf Jeder gegen Jeden **Eigenverantwortung**. Ob wir noch eine freie Wahl haben?

Langenhagen, im November 2007

Dr. Dieter Petschow

Wirtschaftsmathematik:

Das BIP ist seit 1950 kontinuierlich, d. h. **linear** gestiegen. Es folgt demnach der mathematischen Funktion einer Geraden:

$$y = an + b, \text{ oder } BIP_n = \text{durchschnittl. Zuwachs} \times \text{Jahre} + BIP_{1970}$$

$BIP_{1970} = 675$ Mrd. DM oder 352 Mrd. €uro

$BIP_{2002} = 2.107$ Mrd. €uro

Durchschnittliches Wachstum $2.107 - 352 / 32 = 55$ Mrd. €uro pro Jahr.

In Preisen von 1990, ist das BIP von 1970 bis 2002 um den Faktor 2,0 gestiegen (Realanstieg).

$BIP_{1970} = 1,0$, $BIP_{2002} = 2,0$

Wachstum $2,0 - 1,0 / 32 = 1/32$ pro Jahr = 0,033 oder 3,3% vom BIP_{1970} .

Der Kapitalertragsanteil ist seit 1950 überproportional, d. h. **exponentiell** gestiegen, d. h. er folgt der mathematischen Funktion

$$KE_n = KE_0 (1 + ZW)^n$$

$KE_{1970} = 50$ Mrd. DM oder 25 Mrd. €uro

$KE_{2002} = 560$ Mrd. €uro, $n = 32$ Jahre, daraus folgt:

ZW (Kapitalertragswachstum) 10,2 % per anno (nominal)

$KE_{1970} = 0,071 \times BIP_{1970}$

$KE_{2002} = 0,266 \times BIP_{2002} = 0,266 \times 2 \times BIP_{1970}$, daraus folgt Realanstieg:
 $0,532 = 0,071 (1 + ZW)^{32}$, daraus folgt:

ZW (Zinswachstum) 6,5% per anno (real).

Während das BIP jährlich einen gleichen Betrag zunimmt ($1/32$ vom BIP_{1970}), steigt der Kapitalertragsanteil real exponentiell mit einer Rate von 6,5% per anno.

AL (Lohn) = „effekt.Lohn“ (EL) + Netto-Steuer (NSt) + Netto-Soz.-Budget (NSo)

AL = BIP - Kapitalertrag (KE)

$AL_n = \left[1 + \frac{1}{32} \times n \right] - \left[0,071 (1 + ZW)^n \right]$, für kleine n ansteigend, für große n wieder

(linear) (exponentiell)

abfallend auf

Arbeitslohn wird null!

Was bedeutet, dass die Sozialordnung mit diesem System nach zwei Generationen zerbricht

... und das ist morgen ! (siehe Abb. 9)

